

**Strategiepapier  
des Hessischen Landkreistages  
zur Fortentwicklung des Schulwesens in Hessen  
Teil II: Berufliche Bildung / Lebensbegleitendes Lernen**

für die 18. Wahlperiode  
des Hessischen Landtages  
2009 - 2014

**-Kurzfassung-**

Die 21 hessischen Landkreise sind in ihrer Gesamtheit der größte Schulträger Hessens<sup>1</sup> und aufgrund ihrer fachlichen Kompetenz, ihrer Organisationsstruktur, Verwaltungskraft und ihrem Gebietszuschnitt Garanten zukunftsorientierter, leistungsfähiger und aufeinander aufbauender Bildungsstrukturen. Ihnen kommt die Aufgabe der Gewährleistung des „äußeren Rahmens“ von Schule zu, der von der Bereitstellung von Schulgebäuden, deren Ausstattung bis hin zum Verwaltungspersonal und der Schülerbeförderung reicht. Sie sind zudem Träger der örtlichen öffentlichen Jugendhilfe, der Jugendberufshilfe, der Eingliederungshilfe und die Träger der außerschulischen Jugendbildung; mithin Träger von Verantwortlichkeiten, die die zunehmend stärker in einem inneren Zusammenhang zu Schule stehen. Die Kreise sichern über Ihre Ausgleichsfunktion die Verwirklichung des Postulats der Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Bildungschancen in allen Landesteilen Hessens, d.h. sie stellen im kreisangehörigen Raum eine Bündelungsinstanz dar, die gewährleistet, dass unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit einzelner Gemeinden alle Schüler auf eine gleich gute Schulinfrastruktur zurückgreifen können. Die Landkreise sind zudem die einzige Instanz, die mit hinreichender örtlicher, aber auch regionaler Verankerung in der Lage ist, in den kommenden Jahren z.B. die aus der negativen demographischen Entwicklung resultierenden infrastrukturellen Problemen im ländlichen Raum zu bewältigen.

Der Hessische Landkreistag als Vereinigung aller hessischer Landkreise befasst sich deshalb seit vielen Jahren mit der Frage, wie die Schullandschaft in Hessen organisatorisch - und weil diese Frage nicht gänzlich von auch inhaltlichen Komponenten entkoppelt werden kann- teilweise auch inhaltlich verbessert werden kann, ohne dabei die Kultushoheit des Landes infrage zu stellen. Zu diesem Zweck wurden bereits vor 10 Jahren erste Studienreisen in das europäische Ausland unternommen. Eine Reihe der dort gewonnenen Erkenntnisse konnten bereits erfolgreich in die hessische Schulpolitik eingebracht werden, so z.B. die Frage der Budgetierung der Schulhaushalte.

Eine Vielzahl der auf dieser Basis gewonnenen Erkenntnisse und daraus abgeleiteten Forderungen wurden in einem ausführlichen Strategiepapier I, veröffentlicht im April 2008, schriftlich zusammengefasst. Das Papier hat in Öffentlichkeit und Politik hohe Aufmerksamkeit gefunden; einige Forderungen, z.B. zur Schulseibständigkeit und Qualitätssicherung wurden bereits thematisch auf-

---

<sup>1</sup> Nach Angabe des Statistischen Landesamtes gab es an allgemein-bildenden Schulen in Hessen, bezogen auf das Schuljahr 2007/2008 rund 684.000 Schüler. In Schulen unter Trägerschaft der Landkreise wurden davon rund 460.000 Schüler beschult, das sind etwas mehr als 2/3 aller Schüler Hessens. Im gleichen Zeitraum besuchten von den insgesamt rund 190.000 hessischen Berufsschülern 90.000 eine Berufsschule unter Trägerschaft der hessischen Landkreise. Von den 158 hessischen Berufsschulen befinden sich ein Drittel, nämlich 54 in Kreisträgerschaft.

gegriffen. Das Strategiepapier I beschränkte sich bewusst auf den Bereich der allgemein-bildenden Schulen.

Nun wird eine Fortführung, das Strategiepapier Teil II vorgelegt. Es richtet den Fokus auf die Berufliche Bildung und das lebenslange Lernen. Beide Papiere wurden und werden innerhalb des Verbandes über alle parteipolitischen Grenzen hinweg gemeinsam getragen. Das Strategiepapier II beruht zudem auf einer im Vorfeld herbei geführten Abstimmung mit einer Vielzahl von Institutionen und Organisationen. Dazu gehörten nicht nur die hessischen IHK's, die AG der hessischen Handwerkskammern, die Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände (VhU), das DGB-Bildungswerk und die Landesarbeitsgemeinschaft Schule*Wirtschaft* Hessen, sondern insbesondere auch der Hessische Volkshochschulverband und die Arbeitsgemeinschaft der Rektoren der hessischen Berufsschulen. Inhaltlich wurde ein breiter grundsätzlicher Konsens herbei geführt, der Meinungsunterschiede in Detailfragen unberührt lässt.

Mit der Vorlage werden die grundlegenden Faktoren und Schwerpunkte dargestellt, wie eine nachhaltige Verbesserung des Bildungssystems in Hessen, hier im Bereich Berufliche Bildung/ lebenslanges, bzw. lebensbegleitendes Lernen zu erreichen ist. Die Faktoren sind als Gesamtsystem zu begreifen, bei welchem sich die einzelnen Komponenten gegenseitig beeinflussen. Ziel ist es, eine fachliche Diskussion über bestimmte, als problematisch erkannte Kristallisationspunkte des Schulwesens anzustoßen, und auf entsprechende Änderungsmaßnahmen innerhalb der Legislaturperiode hinzuwirken.

Die Vorlage beschreibt daher im Detail Ziele, die im Bereich der Beruflichen Bildung und des lebenslangen Lernens im Rahmen der neuen Legislaturperiode des Landtages angegangen werden müssen. Berufliche Bildung stellt das Bindeglied zwischen Schule, Hochschule (Fachabitur/ Abitur) und Erwerbsleben, zwischen Allgemeinbildung und Aus-, Fort- und Weiterbildung dar. In dieser Rolle gewährleisten die beruflichen Schulen die Durchlässigkeit und die Anschlussfähigkeit im Bildungssystem. Das System der dualen Berufsausbildung soll deshalb in keiner Weise infrage gestellt werden. Der strukturelle Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft, die demografische Entwicklung und die immer engeren internationalen Verflechtungen machen es jedoch erforderlich, die Berufsausbildung diesen Herausforderungen anzupassen, d.h. nicht nur die bestehenden Strukturen zu optimieren, sondern zugleich auch die Möglichkeit, neue Strukturen entsprechend den erforderlichen Bedarfen und der Entwicklung maßgeblich zu gestalten. An dieser Stelle werden Perspektiven aufgezeigt.

Parallel zur klassischen beruflichen Erstausbildung ergibt sich daneben ein dringender Bedarf, das einmal erworbene Wissen zu ergänzen und zu vertiefen, bzw. Zusatzqualifikationen neu zu erwerben. Das Stichwort lautet „lebenslanges / lebensbegleitendes Lernen“. Hintergrund ist, dass durch den schnellen technologischen Wandel die sog. „Halbwertszeit“ von Wissen und Können immer geringer wird. Zugleich werden die Arbeitnehmer länger im aktiven Erwerbsleben bleiben. Die solide berufliche Ausbildung muss weiterhin das breite Fundament bilden, um neben der Beschäftigungsfähigkeit auch die Fähigkeit zur permanenten Weiterbildung des Einzelnen zu vermitteln. Die Bedeutung von Aus- und Weiterbildung nimmt damit zu. Es ist notwendig, diese Bereiche enger miteinander zu verzahnen, um lebenslanges / lebensbegleitendes Lernen zu fördern.

Lebenslanges / lebensbegleitendes Lernen heißt aber auch, eine Durchlässigkeit zwischen den Teilbereichen Schule, beruflicher Aus- und Weiterbildung sowie Hochschule zu verwirklichen. Dies ist nicht nur eine Frage der Chancengleichheit, sondern auch der Deckung des wachsenden Bedarfs an Hochschulabsolventen. Hierzu sind Verbesserungen, besonders an den Schnittstellen, im Sinne der Schaffung funktionsfähiger Übergänge und der Anerkennung von Vorqualifikationen erforderlich.

Nicht beabsichtigt ist die Befassung mit und die Fortsetzung langjährig geführten Auseinandersetzungen um schulpolitische Grundpositionen, da durch ein solches Vorgehen auch intern die Konsensfähigkeit der Vorlage unmittelbar infrage gestellt worden wäre. Ebenso wenig soll die Kultushoheit des Landes Hessen tangiert werden.

Angestrebt wird vielmehr, mittels dieser, über alle parteipolitischen Lager hinweg gemeinsam getragenen Vorlage einen weiteren Dialog zu initiieren, der in einen gesellschaftlichen und politischen Konsens um die Frage mündet, wie eine nachhaltige Verbesserung des gesamten Bildungssystems in Hessen herzustellen ist.

**Vor diesem Hintergrund werden 12 Faktoren als Grundvoraussetzung für eine positive Fortentwicklung der beruflichen Bildung und des Lebensbegleitenden Lernens in Hessen namhaft gemacht:**

1. Anzahl der Schulabschlüsse erhöhen – Ausbildungsreife verbessern
2. Förderung des Lebenslangen / lebensbegleitenden Lernens - Vernetzung beruflicher Schulen mit regionalen Einrichtungen der Weiterbildung ( z.B. Volkshochschulen )
3. „Neue zusätzliche Chancen“ für Qualifizierung – Nachqualifizierung junger Erwachsener vorantreiben
4. Qualität der Ausbildung sichern
5. Grundlagen für zukunftsorientierte Berufsbildungspolitik schaffen – Kooperation von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik stärken
6. Übergänge optimieren – Wege in betriebliche Ausbildung sichern
7. Berufsprinzip stärken – Flexibilisierung der beruflichen Bildung vorantreiben
8. Ausbildungsbasis verbreitern – Ausbildungskapazitäten effektiv nutzen
9. Durchlässigkeit verbessern – Anschlussfähigkeit beruflicher Abschlüsse sichern
10. Ausbildungsvorbereitung für Benachteiligte optimieren – Förderstrukturen neu ordnen
11. Förderung besonders begabter Auszubildender/ Fachkräfte - „Leistungsträger“
12. Europäische Öffnung

**Zu 1. Anzahl der Schulabschlüsse erhöhen – Ausbildungsreife verbessern**

Die Bildungssysteme müssen mit den Anforderungen der Arbeitswelt Schritt halten. Derzeit sind noch erhebliche Defizite in der „Qualität“ der Schulabgänger feststellbar. Es ist erforderlich, noch stärker präventiv in Bildung zu investieren statt schlechte Qualifikationen und mangelnde soziale Kompetenz nach dem Schulabschluss aufzubessern und nachträglich teure Reparaturmaßnahmen zu finanzieren. Daraus ergibt sich ein deutlicher Vernetzungsbedarf der Bildungsstränge, der nicht nur ein verbessertes Übergangsmangement zwischen Schule und Ausbildung, sondern auch eine vorgeschaltete, intensivere Phase der Berufsorientierung umfasst. Diese muss bereits in den allgemeinbildenden Schulen erfolgen und bedeutet im Ergebnis das Erfordernis einer engen Zusammenarbeit der beruflichen Schulen mit Schulen der Sekundarstufe I. Die einzelnen Übergänge von einer Schulstufe in die nächste müssen besser koordiniert werden. Dazu müssen die Rahmenbedingungen für Bildung und die Zusammenarbeit aller Akteure vor Ort weiter verbessert werden.

**Zu 2. Förderung des lebenslangen / lebensbegleitenden Lernens - Vernetzung beruflicher Schulen mit regionalen Einrichtungen der Weiterbildung ( z.B. Volkshochschulen)**

Lebenslanges / lebensbegleitendes Lernen als Leitidee<sup>2</sup> von Bildung in einer modernen Wissensgesellschaft ist eine entscheidende Antwort auf den tief greifenden technologischen, sozialen, wirt-

<sup>2</sup> s.a. Erkl. des Landes Hessen und der Partnerregionen zur Entwicklungspartnerschaft Zentren Lebensbegleitenden Lernens, 2007

schaftlichen und demographischen Wandel und die Herausforderungen der Globalisierung und Modernisierung. Lebenslanges / lebensbegleitendes Lernen kann einen wichtigen Beitrag leisten, individuelle Kompetenzen in einem umfassenden Sinne zu entfalten und dadurch auch die Teilhabe an Arbeitswelt und Gesellschaft zu fördern, Benachteiligung abzubauen und die Demokratie zu festigen. Mit anderen Worten: Die Menschen können durch lebenslanges / lebensbegleitendes Lernen gestärkt werden und sich selbst stärken.

Das Hessische Weiterbildungsgesetz<sup>3</sup> bietet hierzu eine gute Grundlage. Bei den Bildungsangeboten arbeiten die Einrichtungen der Weiterbildung mit den Schulen, insbesondere den beruflichen Schulen und den Schulen für Erwachsene, den Hochschulen, den Agenturen für Arbeit, den örtlichen Trägern der Sozial- und Jugendhilfe und den zuständigen Stellen in der Berufsbildung sowie den privaten und gewerblichen Anbietern von Weiterbildung zusammen. Hessen verfügt auf dieser Basis mit den Volkshochschulen und den außerhalb der Regelschulen bestehenden Bildungseinrichtungen über eine breite und differenzierte Landschaft von Bildungseinrichtungen im Bereich des Lernens - auch für Erwachsene. Deren Wirksamkeit muss durch verstärkte Kooperationen – auch mit privaten Bildungsanbietern - und eine durchgehende Orientierung auf die Lernbedürfnisse und Lernvoraussetzungen von Erwachsenen in verschiedenen Lebensphasen und Lebenssituationen erhöht werden. Die Möglichkeiten der Schaffung von Synergien sind weiter auszuloten. Auch im öffentlichen Bereich selbst sind derartige Überlegungen anzustellen. In diesem Zusammenhang ist ein intensiver Dialog darüber zu führen, ob und ggf. welche neuen Arbeitsformen gefunden werden können.

Wichtige Faktoren sind das selbstorganisierte Lernen und eine systematische Bildungsberatung, einhergehend mit neuen Methoden und Medien in Unterricht und Lehre. Zukunftsfähige Berufsschulen müssen Schülerinnen und Schüler heute dazu befähigen, sich Wissen selbst organisiert und selbst gesteuert anzueignen. Eine wesentliche Unterstützung können dabei virtuelle Lehr- und Lernformen leisten. Entscheidende Stichworte hierzu sind z.B. e-Learning und blended-learning<sup>4</sup>.

Durch den verstärkten Einsatz digitaler Medien in der Berufsausbildung können neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den Lernorten Betrieb und Schule entwickelt und die Bildung von regionalen Fachklassen der jeweiligen Ausbildungsberufe gefördert und unterstützt werden, um wohnort- und betriebsnahe Beschulung zu ermöglichen.

#### Geänderte Strukturen:

Die Entfaltung lebenslangen / lebensbegleitenden Lernens verlangt sowohl neue Strukturen als auch geänderte Inhalte. Geänderte Strukturen müssen als Basis eine Realisierung des lebenslangen / lebensbegleitenden Lernens im obigen Sinn ermöglichen. In der weiteren Umsetzung müssen sowohl die Ergebnisse (Output) als auch die Lerninhalte (Input) im Mittelpunkt stehen: Die Entwicklung von personalen, sozialen, methodisch-instrumentellen und fachlichen Kompetenzen und ihre persönliche und gesellschaftliche Verwertungsmöglichkeiten.

Tragende Komponenten müssen jedoch die beruflichen Schulen, die Volkshochschulen und die Schulen für Erwachsene sein. In der neuen Struktur als Kompetenzzentren müssen sie zu einem der unverzichtbaren Bildungsanbieter für das lebenslange Lernen werden. Als regionale Partner

---

<sup>3</sup> s. §§ 1,2,4,10 des Gesetzes zur Förderung der Weiterbildung und des lebensbegleitenden Lernens im Lande Hessen (Hessisches Weiterbildungsgesetz - HWBG) Vom 25. August 2001, GVBl. I S. 370

<sup>4</sup> Blended Learning oder Integriertes Lernen bezeichnet eine Lernform, die eine didaktisch sinnvolle Verknüpfung von traditionellen Präsenzveranstaltungen und modernen Formen von E-Learning anstrebt. Das Konzept verbindet die Effektivität und Flexibilität von elektronischen Lernformen mit den sozialen Aspekten der Face-to-Face-Kommunikation sowie ggf. dem praktischen Lernen von Tätigkeiten. Bei dieser Lernform werden verschiedene Lernmethoden, Medien sowie lerntheoretische Ausrichtungen miteinander kombiniert.

haben diese drei öffentlich verantworteten Bildungsinstitutionen bereits heute eine zentrale Rolle beim Aufbau und der Entwicklung der Zentren.

Eigenverantwortlichkeit der Schulen einschließlich eigener Rechtsfähigkeit sind notwendige und unabdingbare Voraussetzungen für die Bewältigung zukünftiger Anforderungen und Aufgaben, um am Weiterbildungsmarkt agieren zu können. Nur entsprechend aufgestellte Schulen sind aufgrund ihrer Ressourcen in der Lage, sich regional auf diesem Feld erfolgreich zu positionieren. Die Übertragung von Selbstverantwortung einschließlich der dazu erforderlichen Ressourcen auf die Einzelschule schafft insbesondere für berufliche Schulen Anreize und Freiräume für neue Kooperationsformen und Netzwerkbildungen in der Region. Weitreichende Selbstverantwortung und Rechtsfähigkeit sind zugleich grundlegende Voraussetzung für eine Entwicklung beruflicher Schulen zu selbstverantwortlichen regionalen Berufsbildungszentren in regionale Bildungsnetzwerke.

Der Ansatz der Vernetzung beruflicher Schulen mit regionalen Einrichtungen der Weiterbildung firmiert unter den Begriffen „Zentren Lebenslangen Lernens“ beziehungsweise „Hessencampus“. Er ist vom Konzept her zielführend, da er nicht nur berufliche mit allgemeiner Bildung verknüpfen will, sondern auch das Prinzip der öffentlichen Verantwortung für den Bildungsbereich betont.

Mit diesem Konzept verändern sich die beruflichen Schulen grundlegend. Sie sind als „Kompetenzzentren für maßgebliche Teile der beruflichen Vorbereitung und der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung in einzelnen Branchen oder Berufsfeldern beziehungsweise für Innungen oder Betriebe in den jeweiligen Regionen anzusehen und leisten insoweit einen Beitrag zur Sicherung eines ausreichenden Qualifikationsangebots sowie zum Innovationstransfer. Über die eigenständige und eigenverantwortliche Erfüllung des staatlichen Bildungsauftrages hinaus werden auf der Basis einer Potenzialanalyse ihre (die bisherigen Kompetenzen der beruflichen Schule) weiter ausgebaut, soweit dies zur Weiterentwicklung ihrer Region erforderlich ist.<sup>5</sup>

#### Geänderte Inhalte:

Geänderte Inhalte sind erforderlich, denn die „Halbwertszeit des Wissens“ (die Zeit, in der sich der Nutzen des Wissens halbiert) wird immer kürzer. Wer diesen Wandel bewältigen will, muss die Veränderungen erkennen und für sich selbst als Herausforderung annehmen. Diese individuelle Eigenverantwortung und Selbststeuerung des Lerners zu fördern und zu stärken, ihm eine Chance und eine Perspektive zur Teilhabe und Teilnahme am beruflichen und gesellschaftlichen Leben zu geben und zu verbessern, und somit letztendlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen, ist eine Notwendigkeit. Dabei schließt die Eigenverantwortung auch die individuelle Verpflichtung des Lerners zur Wahrnehmung von Bildungsangeboten, besonders als zweite Chance in der Weiterqualifizierung, mit ein.

Das Konzept des lebenslangen / lebensbegleitenden Lernens beinhaltet daher selbstverständlich auch ein hohes Engagement von Unternehmen des privaten Sektors. Das lebenslange Lernen gewinnt als dritter großer Bereich der beruflichen Bildung neben einer formalen Erstausbildung und einer formalisierten Fort- und Weiterbildung zunehmend an Bedeutung. Sinnvoll ist es, bei der praktischen Ausgestaltung bisher stark segmentierte und separierte Bereiche wie Vorschulbildung, schulische Bildung, berufliche Bildung, Hochschulbildung sowie allgemeine und berufliche Fort- und Weiterbildung verzahnt und zu einem kohärenten, das heißt aufeinander aufbauenden und durchlässigen Gesamtsystem ausgestaltet werden. Lernangebote müssen inhaltlich, zeitlich und räumlich derart miteinander verkoppelt sein, dass Lerner für sich systematische, durchlässige und zertifizierbare Lernprozesse gestalten und verantworten können. Das Konzept des lebenslangen /

---

<sup>5</sup> Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: Kompetenzzentren in regionalen, Berufsbildungsnetzwerken - Rolle und Beitrag der beruflichen Schulen - Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, Heft 92, Bonn 2001, S. 16 f.

lebensbegleitenden Lernens durchbricht die herkömmlichen Bildungsstrukturen und die Einteilung in strikt aufeinander folgende Abschnitte eines bisher traditionell geprägten Bildungswegs.

Grundlegend ist, zu erkennen, dass in einer Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft, in der einfache körperliche Arbeit zunehmend durch Verständnis- und Kommunikationsarbeit ersetzt wird, in der Flexibilität, Abstraktions- sowie Sprachfähigkeit und soziale Kompetenzen eine immer größer werdende Rolle spielen, die Anforderungen an die allgemeinen Basisqualifikationen steigen.

Bildung dient nicht nur dazu, die fortschreitende Technisierung des Alltags zu bewältigen oder bürgerschaftliches Engagement zu fundieren, sondern sie ist eine Grundvoraussetzung für den Zugang zu einer Berufsausbildung und zum Arbeitsmarkt. Lebenslanges / lebensbegleitendes Lernen ist nicht nur Notwendigkeit für Wirtschaftswachstum, es dient auch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt durch die Ermöglichung von Teilhabe und der Stärkung von Eigeninitiative und beugt damit der Ausgrenzung vor.

Der Hessische Landkreistag begrüßt deshalb, dass dieser Ansatz in Hessen von den im Landtag vertretenen Parteien getragen wird und fordert alle Betroffenen, Entscheider und Institutionen aus Politik, Wirtschaft und Handwerk zu einer einmütigen und nachdrücklichen Unterstützung des Konzepts auf.

### **Zu 3. „Neue zusätzliche Chancen“ für Qualifizierung – Nachqualifizierung junger Erwachsener vorantreiben**

Berufswahl und Übergang von der Schule in den Beruf haben in den vergangenen Jahren einen deutlichen Wandel erfahren. Viele junge Menschen haben beim Übergang von der Schule in den Beruf mit erheblichen Problemen zu kämpfen, bei deren Bewältigung sie auf Unterstützung angewiesen sind. An- und ungelernte junge Erwachsene, darunter zu einem hohen Teil solche mit Migrationshintergrund ist nicht zuletzt aus den oben unter 2. genannten Gründen die Chance einer Nachqualifizierung, das heißt zum nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses einzuräumen.

Dieser Wandel stellt auch für die handelnden Institutionen eine Herausforderung dar. Sinnvoll ist es vor diesen Hintergrund, die vorhandenen Kräfte zu bündeln und neue Wege der berufsbegleitenden, bausteinorientierten Nachqualifizierung zu finden. Ziel muss es sein, den unterschiedlichen Zielgruppen individueller und flexibler, zugleich aber bedarfs- und praxisorientierte Wege zu einer abschlussorientierten Qualifizierung zu ermöglichen. In den Fokus gerückt werden soll dazu die Ausgestaltung einer engen Kooperation zwischen Beruflichen Schulen, Volkshochschulen und Schulen für Erwachsene, die über eine gemeinsame Nutzung der Ausstattung hinaus bis hin zu einer Unterstützung- und Begleitung für Betriebe gehen kann.

Notwendig ist die Einrichtung und Pflege regionaler Netzwerke, die Aufgaben im Bereich der Prävention, Förderung und Begleitung der Übergänge übernehmen. Sinnvoll sind begleitete Übergänge von der Schule in die berufliche Schule, zwischen verschiedenen Schulformen bzw. in berufsvorbereitende Maßnahmen, in Ausbildung und Beruf. Zugleich wird damit die Basis für ein lebenslanges / lebensbegleitendes Lernen gelegt, die Schullaufbahn von Jugendlichen positiv beeinflusst und Fehlentwicklungen im Lerngeschehen und in der sozialen Entwicklung verhindert.

### **Zu 4. Qualität der Ausbildung sichern**

Die Qualität des Unterrichts hat höchste Priorität. Die Berufsschulen müssen hierfür auch künftig regional eng mit den Ausbildungsbetrieben und zuständigen Stellen zusammenarbeiten und ihre Lerninhalte abstimmen. Um erfolgreich zu sein, benötigen die Schulen Freiräume in der Gestal-

tung des Unterrichts. Deshalb müssen die Schulen in eine möglichst weitgehende Eigenverantwortung entlassen, ihre Arbeit aber zugleich an Output-Kriterien wie Fachkenntnis, Kompetenzbeschreibungen, Schulreife standards, Vergleichstests und Abgängerumfragen und Übergangsquoten gemessen werden. Dies erfordert ein Qualitätssicherungssystem, das sicherstellt, dass im Rahmen intelligenter Kooperationen die Ausstattung der öffentlichen beruflichen Bildungseinrichtungen in personeller und sachlicher Qualität gewährleistet wird. Insbesondere an die inhaltliche Ausgestaltung sind hohe Anforderungen zu stellen. Diese können einerseits durch externe Prüfungen gewährleistet werden. Zum anderen ist durch ein internes Qualitätsmanagementsystem der Schulen die Qualität der Bildungsinhalte und ihrer Vermittlung sicherzustellen.

Zudem sind Schulleitungsstrukturen anzupassen. Die Verlagerung von Steuerungs- und Entscheidungskompetenz an die Schulen muss mit dem Aufbau von adäquaten Schulleitungsstrukturen einhergehen. Schulleitungsteams müssen systematisch für diese Aufgaben qualifiziert werden. Gleichzeitig sind ein effizientes Bildungscontrolling und effektive, schlanke Unterstützungssysteme zu formen. Dafür müssen wie bereits mit dem HLT-Strategiepapier Teil I<sup>6</sup> dargelegt, tradierte Strukturen und Prozesse überdacht werden.

Darüber hinaus wird vorgeschlagen<sup>7</sup>, für eigenverantwortliche Schulen Förderbudgets zu schaffen, die mit konkreten Zielvereinbarungen u.a. zum Übergang Schule-Beruf verbunden sind. Förderbudgets sollten darüber hinaus am Schulerfolg und den qualitativen Abschlüssen aller Schüler einer Schule bemessen werden. Gestützt auf Lernstandserhebungen, fundierte diagnostische Beurteilungen und individuelle Lernpläne könnten sog. „Risikoschüler“ damit frühzeitiger als bisher gefördert werden. Für die Ergebnisse verantwortliche Lehrkräfte müssen den Beratungs- und Förderprozess koordinieren, die Lernfortschritte überprüfen und dokumentieren.

### **Zu 5. Grundlagen für zukunftsorientierte Berufsbildungspolitik schaffen – Kooperation von Berufsschulträgern, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik stärken**

Die Verbesserung der Grundlagen für berufsbildungspolitische Entscheidungen wird unter vielfältigen Gesichtspunkten immer wichtiger. Einer der maßgeblichen Ansätze und gleichsam Schlüssel für eine zukunftsorientierte Gestaltung der beruflichen Bildung ist ein Dialog und eine verstärkte Kooperation der beteiligten Entscheider und Institutionen. Wichtige Synergieeffekte können erreicht werden, indem vorhandene Förderprojekte stärker als bisher aufeinander abgestimmt werden.

Eine existentielle Frage für die Zukunft der Beruflichen Schulen ist die Ausstattung mit genügend qualifizierten Lehrern. Aufgrund des hohen Durchschnittsalters von Berufsschullehrern benötigt das Land im nächsten Jahrzehnt überdurchschnittlich viele Lehrer. Besonders groß ist der Bedarf im Bereich der Metall-, Elektro- und IT-Berufe. Die Lehrerausbildung für Berufsschulen findet an hessischen Hochschulen noch zu wenig Beachtung. Deswegen ist zu überlegen, ob der Mangel an Berufsschullehrern mit einer Öffnung des Referendariats beseitigt werden könnte: Neben dem Master of Education könnten sich auch weitere Master bewerben. Des Weiteren hätten auch Absolventen mit ausländischem Studienabschluss größere Chancen. Aufstiegsmöglichkeiten für Fachlehrer sind zu berücksichtigen.

### **Zu 6. Übergänge optimieren – Wege in betriebliche Ausbildung sichern**

In den vergangenen Jahren haben viele Jugendliche, sog. Altbewerber, mangels eigener Qualifikation oder mangels ausreichender Zahl von Ausbildungsstellen den Weg in die berufliche Ausbildung nicht gefunden. Die Zahl der Altbewerber, die zwischenzeitlich mehr als 50% der bei den

<sup>6</sup> s. S. 16 Strategiepapier I, Punkt 6 „Schulmanager“

<sup>7</sup> s.a. Kapitel Bildung ! – s.a. Vorschläge der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen für mehr Qualität in Schule und Ausbildung, 2007

Arbeitsagenturen gemeldeten Bewerber<sup>8</sup> stellen, ist deutlich zu reduzieren. Jeder Jugendliche/ jeder Bewerber der in die Lage versetzt wird, aufgrund seiner eigenen Fähigkeiten seinen Lebensunterhalt zu bestreiten und selbstbestimmt leben zu können, wird aus einer nahezu zwangsläufigen sozialen Abwärtsbewegung herausgelöst. Dies dient in allererster Linie dem Bewerber selbst, es entlastet aber auch die sozialen Sicherungssysteme, generiert wirtschaftliches Potenzial und stabilisiert darüber hinaus das gesamtgesellschaftliche Sozialgefüge.

Hierzu sind Einstiegsqualifizierungsmaßnahmen zu nutzen und neue Formen von anschlussfähigen und anrechenbaren Qualifizierungsmaßnahmen zu entwickeln. Der Hessische Landkreistag sieht in Ausbildungsbausteinen einen möglichen Weg, für Bewerber eine Brücke in die Ausbildung zu schaffen. Denkbar ist, über eine teilweise zeitliche Anrechnung bereits erworbener Qualifikationen, bzw. auch über eine Zulassung zur Externenprüfung vor den Kammern einen Übergang in eine reguläre duale Ausbildung zu schaffen. Ob dies geeignete Maßnahmen sind, um im Interesse der Jugendlichen eine tragfähige Brücke in Ausbildung und Beruf zu schaffen, soll mit den Kammern der Wirtschaft intensiv diskutiert werden<sup>9</sup>.

## **Zu 7. Berufsprinzip stärken – Flexibilisierung der beruflichen Bildung vorantreiben**

Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Hessen hängt auch von der Leistungsfähigkeit, Innovationskraft und dem Wissenspotenzial seiner Unternehmen und Erwerbstätigen ab.

Aufgrund der demografischen Entwicklung zeichnet sich in den nächsten zehn Jahren ein Mangel an jungen Fachkräften ab. Ein wichtiger Schlüssel zur Bewältigung des Fachkräftemangels liegt in besserer Bildung für alle Bevölkerungsgruppen. Leitbild der Entwicklung des Berufsbildungssystems in Deutschland ist eine kompetenz-, werte- und zielorientierte Ausbildung, die eine umfassende und flexible berufliche Handlungsfähigkeit ermöglicht. Das duale System der beruflichen Bildung in Deutschland vermittelt in diesem Zusammenhang eine qualitativ hochwertige berufliche Qualifikation und bietet insgesamt eindeutige Vorzüge gegenüber anderen Berufsbildungssystemen. Es ist zu stärken, gleichzeitig aber auch entsprechend den aktuellen Anforderungen anzupassen.

Über die Flexibilisierung von Ausbildungsinhalten können die bessere Anbindung der Berufsvorbereitung an die Berufsbildung, die Anbindung der Ausbildung an die Weiterbildung, die Einbeziehung spezialisierter Betriebe in eine Verbundausbildung, die Aktualisierung und Verknüpfung von Berufsbildern, die Individualisierung der Ausbildung, sowie eine flexiblere Berücksichtigung der Betriebsinteressen erreicht werden.<sup>10</sup>

Parallel dazu werden von den Landkreisen zur Vervollständigung des Angebots strukturierte, vertikale und horizontale Übergänge an den Schnittstellen des dualen Systems für erforderlich angesehen. Diese können z.B. darin bestehen, die Möglichkeiten der Anrechnung von Leistungen berufsbildender Schulen zu überdenken. Verbesserte Zugangsmöglichkeiten von Absolventen des dualen Systems zu Hochschulen sind zu prüfen<sup>11</sup>. Ein anderes Beispiel stellt eine stärkere Umorientierung der Ausbildungsordnungen auf Kompetenzbeschreibungen dar, wodurch die Handlungs-

---

<sup>8</sup> s. RN 4

<sup>9</sup> Bislang wird von Kammerseite betont, dass bei der Zerlegung von Ausbildung in Bausteine (Qualifizierungsbausteine) grundsätzlich der entspr. Rahmenlehrplan der jeweiligen bundeseinheitlichen Ausbildungsordnung zugrunde zu legen ist. Erfolgreich abgelegte Qualifizierungsbausteine, bzw. Teilabschlüsse unterhalb der Gesellenprüfung können z.B. von der Handwerkskammer nicht testiert werden. Fundament der dualen Berufsausbildung müsse für das Handwerk die Ausbildung innerhalb des Berufskonzepts sein.

<sup>10</sup> s. Strukturkonzept des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks „Ganzheitlich – Passgenau - Anschlussfähig; Grundzüge eines umfassenden und flexiblen Berufslaufbahnkonzepts im Handwerk, Nov. 2007, S.6

<sup>11</sup> Erste maßgebliche Schritte wurden bereits durch die Änderung der Hess. Hochschulgesetzgebung dahin gehend vollzogen, dass Meisterinnen und Meister des Handwerks unmittelbar ein Hochschulstudium aufnehmen können.

orientierung in der Berufsausbildung gestärkt werden könnte. Daher ist darüber nachzudenken, ob und wie die Zahl und Art der rund 350 Ausbildungsberufe modernisiert werden kann. Durch eine Straffung<sup>12</sup> könnte das Angebot berufliche Ausbildung transparenter, effizienter und flexibler ausgestaltet werden. Denkbar ist, dort, wo es sinnvoll ist, die Ausbildungsinhalte in Kompetenzabschnitte zu gliedern.

### **Zu 8. Ausbildungsbasis verbreitern – Ausbildungskapazitäten effektiv nutzen**

Eine möglichst betriebsnahe Ausgestaltung der Ausbildung ist erforderlich. Sinnvoll ist, vorhandene Ausbildungskapazitäten stärker als bisher zusammenzuführen. Insbesondere für den Bereich handwerklicher Berufe sollte über neue Option der Zusammenarbeit nachgedacht werden. Praxisanteile in Betrieben und in den Berufsschulen sollten erhöht werden. Wichtiges Ziel muss es auch und gerade in der beruflichen Ausbildung sein, den technischen Fortschritt zu berücksichtigen und -soweit möglich- jeweils den aktuellen Stand der Entwicklung zu vermitteln.

Um eine Entlastung des Ausbildungsmarktes zu erreichen, sind eine Reihe von Maßnahmen und deren Nutzung erforderlich. Hierzu zählt u.a., dass die vielfältigen Angebote der Wirtschaft für diejenigen, die keine Ausbildungsplätze finden, stärker genutzt werden. Insbesondere gilt dies für Praktika zur Einstiegsqualifizierung. Die von den Kammern akquirierten Plätze werden vielfach nicht ausgeschöpft. Gerade derartige „Einstiegshilfen“ bewirken jedoch einen hohen Übergang in Ausbildung.

Daneben sind Möglichkeiten zu eruieren, wie unter Beachtung der regionalen Anforderungen des Arbeitsmarktes auch außerhalb der dualen Ausbildung die Möglichkeit einer Berufsausbildung ermöglicht werden kann. In Betracht kommen ggf. so genannte „Produktionsschulen“<sup>13</sup>, aber auch entsprechend gestaltete Prüfungen vor den Kammern. Als Signal einer Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner (Fach-/Hochschul-) Bildung könnte die Einführung eines sog. „Bachelor of Profession/ Bachelor Professional“ sinnvoll sein. Diesbezüglich wird eine intensive Diskussion mit den Organisationen der Wirtschaft angestrebt.

### **Zu 9. Durchlässigkeit verbessern – Anschlussfähigkeit beruflicher Abschlüsse sichern**

Ziel muss es sein, adäquate und gleichwertige Bildungschancen zu schaffen, die Verzahnung von beruflicher Aus - und Weiterbildung zu verwirklichen und die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen zu erhöhen.

Hierzu gehört es zum Beispiel, Zusatzqualifikationen an den Schnittstellen zwischen beruflicher Aus - und Weiterbildung weiter auszubauen, um begabten Auszubildenden den anrechnungsfähigen

---

<sup>12</sup> Rieble/ Hamberger in „Rohstoff Bildung: Lebenslang lernen, Wiesbadener Gespräche zur Sozialpolitik“, 2008, „dass gewachsen System (der Berufsausbildung) ist ein „Regelungstumor“; erklärbar nur durch lange Tradition. Klare Kompetenzen mit klarer Verantwortungs Zuweisung und wenigen Beteiligten, möglichst einfache Berufsbilder mit einer modularisierenden Öffnung (auch gegenüber Vor- und Nachqualifikation) sowie radikale Vereinfachung in Richtung von Rahmenregelungen mit echten Mindeststandards könnten ein Weg sein.

<sup>13</sup> Produktionsschulen sind Bildungseinrichtungen, die Schul- oder Ausbildungsabbrecher auf das Berufsleben oder eine Ausbildung vorbereiten. Das Konzept aktuell bestehender Produktionsschulen wurde in Dänemark entwickelt und beginnt, sich im deutschsprachigen Raum zu etablieren. Produktionsschulen richten sich an Jugendliche im Alter von etwa 15 bis 25 Jahren, die keine Berufsausbildung abgeschlossen haben, arbeitslos sind und entweder eine Schul- beziehungsweise Berufsbildung abgebrochen haben oder nach Abschluss der Schulausbildung keine Berufsausbildungsstelle gefunden haben. Jugendliche dieser Zielgruppe haben in der Regel keinen Zugang mehr zu öffentlichen Berufsförderprogrammen und müssen sich für einen Platz bewerben. Produktionsschulen zeichnet aus, dass sie um die Produktion von Gütern und Dienstleistungen in Werkstätten zentriert sind. Die hergestellten Produkte werden auf dem Markt angeboten. Weiterer Bestandteil ist die Reflexion dieser Arbeit und die sozialpädagogische Betreuung der Schüler. Ziel der Fokussierung auf den Produktionsprozess ist die Aktivierung und Motivation der Jugendlichen, die bisher im Regelschulsystem und auf dem Arbeitsmarkt keine Zukunftsperspektive sahen. Die Schüler werden individuell gefördert und nehmen an Berufsorientierungsmaßnahmen teil. Im Interesse aller Beteiligten ist sicher zu stellen, dass Produktionsschulen mit Ihren Produkten nicht in wettbewerbsverzerrender Weise auf dem Markt auftreten.

gen Teilerwerb von Fortbildungsinhalten und -abschlüssen schon während der Ausbildung zu ermöglichen. Zum anderen sind aber auch die Möglichkeiten zu erwähnen, parallel zur Berufsqualifizierung allgemein bildende Abschlüsse zu erwerben (zweijährige Berufsfachschule zum Mittleren Bildungsabschluß, Fachschulen im Weiterbildungssektor, bzw. studienqualifizierende Bildungsgänge Fachoberschule und Berufliches Gymnasium).

Die verstärkte Entwicklung dualer Studiengänge<sup>14</sup>, in denen berufliche Schulen ein Partner sein können, ist ein zukunftsweisender Weg zur Weiterentwicklung des dualen Systems. Die Möglichkeiten eines dualen Studiums, das heißt die Kombination eines Studiums an einer Berufsakademie oder Hochschule mit einer Berufsausbildung, bzw. Berufstätigkeit ist deshalb nicht zuletzt aus regional-, und arbeitsmarktpolitischen Gründen zu stärken.

### **Zu 10. Ausbildungsvorbereitung für Benachteiligte optimieren – Förderstrukturen neu ordnen**

Im Bereich der Förderung von Benachteiligten existieren eine Vielzahl von Förderungsmaßnahmen. Es ist erforderlich, diese Fördermaßnahmen noch besser aufeinander abzustimmen und praxisnah auszugestalten. Dabei erscheinen regionale Ansätze in Zusammenarbeit mit den Berufsschulen als besonders erfolgversprechend. Öffentliche Unterstützungsangebote sollten passgenau eingesetzt und zielgruppenorientiert weiterentwickelt werden.

Insbesondere bei der Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund könnte es sinnvoll sein, die wachsende Zahl von Unternehmern mit Migrationshintergrund gezielt in den Dialog einzubeziehen.

Der HLT unterstützt nachhaltig die mit der Initiative des Landes „Lernen und Arbeiten in **Schule und Betrieb** (SchuB-Klassen) begonnene verstärkte Verbindung von Schule und gleichzeitiger praxisorientierter Tätigkeit für Schülerinnen und Schüler, deren Stärken, Kompetenzen und Arbeitsverwaltung besonders gefördert werden müssen. Auch in diesem Zusammenhang ist nochmals auf das Landesprogramm OloV<sup>15</sup> hinzuweisen. OloV sieht künftig insbesondere die intensiviertere Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen als Schwerpunkt vor.

### **Zu 11. Förderung besonders begabter Auszubildender/ Fachkräfte - „Leistungsträger“**

Eine Gesellschaft, die die Herausforderungen der Zukunft bewältigen will, muss ihren Blick für Talente schärfen. Deshalb ist es insbesondere auch erforderlich, Hessen zu einer „Talentschmiede“ für qualifizierte Fachkräfte zu machen. Das bedeutet, dass die Aus- und Weiterbildung auf allen Ebenen nachhaltig entwickelt werden muss. Dazu gehört auch, dass besonders begabte junge Fachkräfte durch entsprechende Angebote in ihrer Entwicklung unterstützt werden. Es ist die Chance zu eröffnen, schlummernde Talente zu wecken und bereits erkannte Talente weiter auszubauen, um zu einer Spitzenkraft in dem jeweiligen Beruf zu werden. Dies sichert mittel- und lang-

<sup>14</sup> Duales Studium Hessen: Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung ist in enger Kooperation mit dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst und dem Hessischen Kultusministerium sowie der Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern, der Arbeitsgemeinschaft der Industrie und Handelskammern, der VhU, Bildungsanbietern und Unternehmen bestrebt, die Attraktivität des Wirtschafts- und Bildungsstandortes Hessen im nationalen und internationalen Wettbewerb zu stärken und erfolgreich auszubauen. Der HLT unterstützt die Initiative. Das Duale Studium verknüpft die theoretische Ausbildung an einer Hochschule oder Berufsakademie mit der praktischen Ausbildung in einem Unternehmen. Damit erhalten die Studenten eine auf das jeweilige Unternehmen zugeschnittene, bedarfsgerechte Ausbildung und können direkt mit dem Studienabschluss ins Berufsleben einsteigen. Auch kleinere und mittelständische Unternehmen können sich so auf Dauer geeignete, qualifizierte und hoch motivierte Nachwuchskräfte als Grundbedingung für wirtschaftliches Wachstum und Erfolg sichern. Duale Studiengänge erfordern dabei eine enge, partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen und den Hochschulen bzw. Berufsakademien.

<sup>15</sup> OloV: landesweite Strategie zur "Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen".

fristig Perspektiven für alle Beteiligten: Dem Auszubildenden/ der Fachkraft werden neue Berufsperspektiven eröffnet, der Wirtschaft werden dringend benötigte Fachkräfte zur Verfügung gestellt, die wiederum Gewähr für eine Weitergabe des aktuellen Wissens auf hohem Niveau bieten.

Die Förderung besonders begabter junger Menschen bietet jedoch auch die Chance, dass diese in ihrer Heimatregion eine berufliche Zukunft finden können. Damit wird auch nicht zuletzt angesichts des Problems der negativen demografischen Entwicklung und der damit verbundenen wirtschaftlichen Entwicklungsproblematik ein aktiver Beitrag zur Sicherung peripherer Wirtschaftsräume geleistet. Damit wird Investition in die berufliche Bildung zugleich Beitrag und Strategie zur Regionalentwicklung.

### **zu 12. Europäische Öffnung**

Deutschland als exportorientierte, rohstoffarme Nation mit einer exponierten Lage im Herzen Europas muss besonders an einer europäischen und internationalen Orientierung der beruflichen Bildung interessiert sein. Das berufliche Bildungssystem ist in diesem Sinne mit einem Augenmerk zu versehen.

Ziel muss es auch aus europäischer Perspektive sein, durch eine Umstrukturierung zu einer besseren Durchlässigkeit zwischen den Teilbereichen des Bildungssystems im Sinne eines lebenslangen / lebensbegleitenden Lernens zu kommen. Zum anderen sind die Anforderungen, die in zunehmenden Maße aus „Europa“ an das berufliche Bildungssystem in Hessen gestellt werden, aufzunehmen und in positiver Weise umzusetzen.

Stand 06.04.2009